
Deliberation, Aggregation und epistemischer Fortschritt

Claudia Landwehr

Zusammenfassung

Der vorliegende Aufsatz stellt zwei unterschiedliche Versionen epistemischer Demokratietheorie heraus – eine aggregative und eine deliberative – welche in jüngerer Zeit häufig miteinander kombiniert wurden. Hinter der Zusammenführung der beiden Versionen steht die Idee, dass Deliberation und Aggregation substituierbar sein können. Die Grundlage der aggregativer epistemischer Demokratiekonzeptionen basiert auf der Anwendung von Condorcets Jury-Theorem auf den Prozess politischer Entscheidungsfindung. Diese Anwendbarkeit des Jury-Theorems auf demokratische Entscheidungen möchte ich mit einer genaueren Betrachtung der drei zentralen Prämissen des Theorems aus deliberativer Perspektive in Frage stellen. Hierbei geht es um die Unabhängigkeit individueller Urteile, die Kompetenz der Wähler und die Idee, dass die zentrale Funktion des Mehrheitsprinzips darin besteht, sich der Wahrheit anzunähern. Mein zentrales Argument lautet, dass sich epistemische Hoffnungen auf jene diskursiven Prozesse konzentrieren sollten, die einem Mehrheitsentscheid vorangehen, und dass Abstimmung und Deliberation sich komplementär verhalten und nicht wechselseitig substituierbar sind.

C. Landwehr (✉)

Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Mainz, Deutschland

E-Mail: landwehr@politik.uni-mainz.de

1 Einleitung

Epistemische Demokratietheorien stützen sich auf die Annahme, dass politische Partizipation Wahrheit befördert. Während ‚liberale‘ oder ‚realistische‘ Demokratietheorien, beispielsweise in der Tradition Schumpeters, die mangelnde Wählerkompetenz hervorheben und zur Rechtfertigung eines minimalen Staates und minimaler Partizipation darauf hinweisen, dass eine sinnvolle Aggregation von Stimmen unmöglich ist, bestehen Vertreter partizipativer Demokratietheorien (nach William Riker ‚Populisten‘) auf den Vorteilen aktiver und umfassender Bürgerbeteiligung in der Politik. Epistemische Demokratietheoretiker bilden eine besondere Untergruppe innerhalb der partizipativen Demokratietheorien. Sie befürworten Partizipation nicht aus Gründen prozeduraler Gerechtigkeit oder als Verwirklichung individueller Autonomie, sondern sind davon überzeugt, dass Partizipation generell zu – gemessen an einem unabhängigen Standard – erstrebenswerten Ergebnissen führt. Jean-Jacques Rousseau wird als klassischer Vertreter dieser Strömung epistemischer partizipatorischer Demokratie angesehen. Wenn jeder Mensch im Hinblick auf das Allgemeinwohl und nicht aus Eigeninteresse wähle, so Rousseau, würde das Ergebnis den ‚Gemeinwillen‘ des Volkes widerspiegeln. Rousseau definiert den ‚Gemeinwillen‘ als ein Konstrukt, das bereits zeitlich vor und unabhängig von dem Verfahren existiert, durch das es gebildet wird. Der ‚Gemeinwille‘ kann daher sowohl korrekt als auch inkorrekt dargestellt werden (Rousseau 2004 [1762]).

Im Hinblick auf moderne partizipative epistemische Demokratietheorien können zwei Varianten unterschieden werden, auf die ich mich im Folgenden als ‚aggregative epistemische Demokratietheorie‘ und ‚deliberative epistemische Demokratietheorie‘ beziehen möchte. Auch wenn beide Varianten einige Annahmen teilen, unterscheiden sie sich doch wesentlich hinsichtlich der Prozesse, denen sie epistemischen Wert zuschreiben. Innerhalb der aggregativen epistemischen Demokratietheorie wird dem Prozess der Aggregation selbst epistemisches Potenzial zugeschrieben, was unter Rückgriff auf das Condorcet-Jury-Theorem gerechtfertigt wird.¹ Im Gegensatz dazu betrachten Vertreter einer deliberativen epistemischen Demokratietheorie den politischen Diskurs, der jeglichen politischen Entscheidungen vorausgeht, sie begleitet und ihnen folgt, als den Basis von Konfliktlösung und epistemischem Fortschritt.

¹ Aggregation soll sich hier ausschließlich auf Verfahren der Mehrheitswahl beziehen, nicht auf andere Verfahren wie Verhandlungen, die ebenfalls als Formen der Aggregation angesehen werden können.

Aggregation und Deliberation wurden häufig als konkurrierende Verfahren aufgefasst: Deliberative Demokratietheoretiker hadern offenbar mit der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, bevor Konsens möglich ist, und damit, das Mehrheitsprinzip als notwendiges Übel zu akzeptieren. Rousseau selbst dagegen war, der gängigen Interpretation zufolge, aus Angst vor Manipulation und Hegemonie, der öffentlichen Debatte gegenüber skeptisch eingestellt und wollte Partizipation auf die Teilnahme an Mehrheitsentscheidungen beschränken. In jüngerer Zeit haben Befürworter der deliberativen epistemischen Demokratietheorie, die bei weitem die einflussreichere der beiden Strömungen darstellt, jedoch versucht, die Erkenntnisse der aggregativen Strömung mit dem eigenen Ansatz zu versöhnen. Die Motivation hinter diesen Verbindungsversuchen scheint das Ziel zu sein, den Konflikt zwischen Deliberation und Mehrheitsregel beizulegen und den beiden Grundelementen demokratischer Politik gleichermaßen epistemischen Wert beizumessen.

Im folgenden Abschnitt möchte ich kurz die gemeinsamen Merkmale von deliberativer und aggregativer epistemischer Demokratietheorie erläutern. Darauf aufbauend werde ich die Annahmen der aggregativen epistemischen Demokratietheorie etwas detaillierter darstellen. Dabei konzentriere ich mich insbesondere auf Versuche, die Schlussfolgerung zu vermeiden, dass Kommunikation zu einer Verletzung der Unabhängigkeitsbedingung des Condorcet Jury Theorems (CJT) führe und dass Deliberation und epistemische Aggregation daher nicht vereinbar seien: David Estlunds (1994) Modell der Meinungsführer und Robert E. Goodins Bayesianische Erweiterung des CJT (2003), die das Jury Theorem mit Annahmen zu interaktiver Meinungsbildung verbindet. Im dritten Abschnitt sollen dann die drei Bedingungen diskutiert werden, die erfüllt sein müssen, damit das CJT zu einem tragfähigen Argument für die Demokratie wird. Ich behaupte, dass eine diskursive, begründete Meinungsbildung tendenziell dazu führt, dass individuelle Wahlentscheidungen voneinander abhängig sind, so dass es schwierig ist, die Unabhängigkeitsbedingung des Jury-Theorems aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus sollte die Kompetenz der Wähler weder als gegeben noch als nicht gegeben vorausgesetzt, sondern vielmehr als abhängig von Charakteristika des Diskurses betrachtet werden. Zentral aber ist, dass politische Entscheidungen nicht verifizierbare Prämissen, sondern Handlungsoptionen zu thematisieren haben: Politische Entscheidungen lösen praktische und keine epistemischen Streitigkeiten (Gaus 1996, S. 186). AB: aber Praxis und Handlungsoptionen haben epistemische Dimensionen. Auch wenn es durchaus lohnenswert sein mag, die Beziehung zwischen Präferenzbildung in deliberativen Diskursen und Präferenzaggregation in Mehrheitsentscheiden zu untersuchen, sollten Vertreter der deliberativen Demokratie sich davor hüten, statt dem Prozess kommunikativer Interaktion

der Aggregation epistemischen Wert zuzuschreiben. In der Deliberation kann es darum gehen, welche Prämissen als „korrekt“ vorauszusetzen sind und welche Handlungsoptionen „gut“ oder „richtig“ sind. Das Mehrheitsprinzip dagegen hat die Funktion, durchaus dezisionistisch Entscheidungen darüber zu treffen, was kollektiv getan wird (und nicht: „zu tun ist“). Aggregation und Deliberation sind gleichermaßen konstitutiv für die Demokratie, aber sie sind Komplemente und nicht Alternativen.

2 Modelle epistemischer Demokratie

Aggregative und deliberative epistemische Demokratie

In vielfacher Hinsicht sind die Theorie der deliberativen Demokratie und die, nach meiner Terminologie, Theorie der ‚aggregativen epistemischen Demokratie‘ verschiedene Strömungen einer epistemischen Demokratietheorie. Beide Theorien gehen in gleicher Weise davon aus, dass informierte Urteile im Sinne des Gemeinwohls und nicht von Partikularinteressen geleitete Überlegungen den Input demokratischer politischer Prozesse bilden sollten. Darüber hinaus gehen beide davon aus, dass sich in sinnvoller Weise von einem ‚Gemeinwohl‘ sprechen lässt, und dass politische Entscheidungsprozess in einer Demokratie dazu beitragen sollen, dieses zu befördern. Ob konkrete Entscheidungen das Gemeinwohl tatsächlich befördern, wird in beiden Ansätzen als Funktion der politischen Partizipation angesehen. Beide versuchen also, eine Verbindung zwischen Partizipation und Erkenntnis herzustellen: Je mehr Partizipation, desto mehr nähert man sich die demokratische Entscheidung der Wahrheit an.

Der erste Fürsprecher einer positiven Beziehung zwischen Partizipation und Erkenntnis war Jean-Jacques Rousseau. Auch wenn seine Arbeiten äußerst komplex sind und Raum für widersprüchliche Interpretationen lassen (vgl. Estlund et al. 1989, S. 1322), herrscht weitestgehend Konsens bezüglich seiner Forderung, dass die Menschen auf der Grundlage von rationalen Urteilen statt auf der partikularer Interessen wählen sollten, und dass Demokratie – wenn sie entsprechend ausgelegt wird – dazu beitragen kann, das Gemeinwohl zu fördern. In dieser Hinsicht lassen sich die Modelle ‚deliberativer‘ und ‚aggregativer‘ epistemischer Demokratie beide einer gemeinsamen Opposition gegen ‚libertäre‘ oder ‚realistische‘ Auffassungen von Demokratie zuordnen wie sie prominent etwa von William H. Riker (1982) befürwortet werden. Riker knüpft an Kenneth Arrows Erkenntnis über die Unmöglichkeit einer sinnvollen Aggregation von

Wählerstimmen, die als eine Bekundung von Präferenzen statt als Ausdruck rationaler Urteile verstanden werden, an. Ein Beispiel für die Unzulänglichkeit von Stimmenaggregation ist das Auftreten zyklischer Mehrheiten (Arrow 1963 [1951]).

In den letzten 20 Jahren haben die Theorien deliberativer Demokratie so sehr an Bedeutung gewonnen, dass sie heute als dominante Denkschule innerhalb der Demokratietheorie gelten können und dementsprechend weitaus mehr Einfluss ausüben als alternative Konzeptionen wie Rikers Entwurf. Nicht alle Anhänger der Deliberation bauen ihre Argumentation auf einem epistemischen Demokratieverständnis auf. Der Großteil geht jedoch mehr oder weniger explizit davon aus, dass Deliberation zu überlegenen Ergebnissen führt. Aggregative Modelle epistemischer Demokratie sind im Gegensatz dazu innerhalb der Demokratietheorie eher dünn gesät. Sie stellen keine eigenständige, kohärente Theorie dar, sondern lassen sich auf wenige Argumente, die hier und da in Debatten angeführt werden, reduzieren. Mit Versuchen, Condorcets Jury Theorem als Argument für die deliberative Demokratie fruchtbar zu machen und dadurch Aggregation und Deliberation miteinander zu versöhnen, hat eine aggregativ-epistemische Konzeption von Demokratie jedoch in jüngerer Zeit an Popularität gewonnen.²

Von ‚der‘ Theorie deliberativer Demokratie lässt sich kaum sprechen. Die große Zahl komplexer und in vielerlei Hinsicht heterogener Ansätze teilt jedoch eine theoretische Basis, deren grundlegende Elemente weithin bekannt sind. Aus diesem Grund werde ich die deliberativen Demokratietheorien an dieser Stelle nicht im Detail diskutieren.³ Stattdessen werde ich die Ideen der aggregativen epistemischen Demokratiekonzeption genauer vorstellen und sowohl auf die verschiedenen Strategien eingehen, dieses Demokratiekonzept mit deliberativen Modellen in Bezug zu bringen, als auch auf die Probleme, die aus einer solchen Zusammenführung resultieren.

² Theoretiker, die sich epistemischen Vorteil sowohl von Deliberation als auch von Aggregation versprechen: David Estlund und Jeremy Waldron (Estlund et al. 1989), Henry S. Richardson (2002), Robert E. Goodin (2003), weniger explizit: Pettit (2003) or Bovens und Rabinowicz (2003).

³ Deliberative Demokratiekonzeptionen finden sich etwa bei Gutman und Thompson 1996, Bohman 1996 or Dryzek 2000. Siehe auch Sammelbände von Bohman und Rehg (1997), Elster (1998), Macedo (1999) und Fishkin und Laslett (2003). Ein Überblick über deliberative Demokratietheorien findet sich bei Landwehr 2011.

Das Condorcet Jury Theorem

Das Konzept aggregativer epistemischer Demokratie geht, genau wie das an die Social Choice-Theorie anknüpfende Demokratieverständnis Rikers, auf Erkenntnisse des Marquis de Condorcet zurück. Condorcet hat als erster auf die Probleme hingewiesen, die bei der Aggregation von Wählerstimmen auftreten können, etwa zyklische Mehrheiten. Kenneth Arrow erweiterte Condorcets Ergebnisse später zu seinem Unmöglichkeitstheorem (Arrow 1963).

Während diese Weiterentwicklung von Condorcets Arbeit ganz offensichtlich negative Implikationen für die Demokratie mit sich bringt, ergibt das ‚Jury-Theorem‘ ein positiveres Bild. Der Grund für diese konträren Beurteilungen der Mehrheitsregel und damit auch der Demokratie liegt laut David Estlund in der Tatsache begründet, dass das Paradox der zyklischen Mehrheiten auf einer ‚Präferenzkonzeption‘ von Demokratie beruht, während das Jury-Theorem auf einer ‚epistemischen Demokratiekonzeption‘ aufbaut (Estlund et al. 1989, S. 1317). Estlund argumentiert, dass Wählerstimmen, wenn sie sinnvoll aggregierbar (und damit möglicher Input zu demokratischen Entscheidungen) sein sollen, als Antworten auf dieselbe Frage aufzufassen sein müssen (Estlund 1990).

Da sowohl Fragen zu individuellen Präferenzen, Wünschen und Interessen („Was wünschen Sie sich für sich selbst?“), als auch die Antworten darauf immer indexikalische Ausdrücke beinhalten („Sie“, „Ich“, „mein“), beziehen sie sich genau genommen auf verschiedene Sachverhalte: Was sich A für A wünscht, was sich B für B wünscht, und so weiter. Estlund bekräftigt daher, dass ausschließlich Antworten auf die Frage „Was dient dem Gemeinwohl?“ dieses Problem der Indexikalität umgehen können, weil nur diese Antworten sich wirklich jeweils auf die ein und dieselbe Frage beziehen und daher aggregiert werden können. Wenn Abstimmungen als Antworten auf dieselbe Frage konzipiert sind, ist es außerdem unwahrscheinlicher, dass man auf Präferenzordnungen stößt, die zu zyklischen Mehrheiten führen könnten, was Aggregation zusätzlich begünstigt.⁴

Wenn gewährleistet ist, dass alle abgegebenen Stimmen Antworten auf dieselbe Frage darstellen, so das Jury Theorem, ist eine sinnvolle Aggregation nicht nur möglich, sondern befördert darüber hinaus auch eine Annäherung an die Wahr-

⁴ Antworten auf dieselbe Frage lassen sich in der Regel entlang einer Dimension bzw. eines Kontinuums anordnen. Präferenzen innerhalb einer solchen Dimension sind in der Regel eingipflig, d. h., wenn die rechte von drei Optionen die erste Präferenz eines Akteurs ist, dann ist die linke die am wenigsten präferierte Option. Wenn die Präferenzen einer Mehrheit der Wähler eingipflig sind, können keine zyklischen Mehrheiten auftreten (siehe Grofman und Feld 1989: 1330/1, List 2002).

heit. Das Theorem basiert auf drei Prämissen. Zuallererst muss gewährleistet sein, dass ein „independent standard of correct decisions“ existiert, und dass „voting expresses beliefs about what the correct policies are according to the independent standard“ (Cohen 1986, S. 34). In seiner Originalfassung nimmt das Jury Theorem an, dass eine Jury zwischen zwei Optionen wählen kann. Estlund weist darauf hin, dass es bei einer solchen Wahl nicht notwendigerweise um eine Entscheidung zwischen wahr und falsch gehen muss (1997, S. 173/4). Im Kontext der Demokratietheorie ist die epistemische Interpretation (oder Korrektheitsinterpretation) jedoch die häufigste und plausibelste Interpretation, da es neben der Wahrheit keinen unabhängigen Standard zu geben scheint. Zweitens muss vorausgesetzt werden, dass die Wähler im Durchschnitt häufiger richtige als falsche Entscheidungen treffen. Und die dritte Prämisse besagt, dass individuelle Einschätzungen unabhängig voneinander sein müssen, denn statistische Interdependenz verringert die effektive Anzahl der Stimmen.

Das CJT zeigt, dass wenn jedes Mitglied der Jury überzufällig ($> 0,5$) häufig richtig statt falsch entscheidet, die Mehrheit erstens generell eher richtig als falsch entscheiden wird, und, zweitens, gemäß dem Gesetz der großen Zahl, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die richtige Entscheidung trifft als jedes einzelne Mitglied der Jury für sich genommen. Je größer die Gruppe der Wahlberechtigten, desto höher ist somit die Wahrscheinlichkeit, dass die Mehrheit die ‚richtige‘ Entscheidung trifft. Für Elektorate in der Größe moderner Demokratien nähert sich die Wahrscheinlichkeit, die richtige Entscheidung zu treffen, damit einer absoluten Trefferquote (1,0) an. Dieses Ergebnis behält auch dann seine Gültigkeit, wenn verschiedene Wähler mit abweichender Wahrscheinlichkeit richtig entscheiden, so lange der Wert im Durchschnitt größer ist als 0,5. List und Goodin (2001) zeigen, dass das Jury-Theorem auch auf Fälle mit mehr als zwei Wahloptionen ausgeweitet werden kann. Die einzige Bedingung dabei ist, dass die korrekte Option mit einer durchschnittlich höheren Wahrscheinlichkeit ausgewählt wird als die übrigen Optionen.

Wenn die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, eine der falschen Optionen zu wählen, jedoch höher ist als die, die korrekte Option zu wählen, die Wähler also nicht kompetent sind, so wird das korrespondierende negative Ergebnis eintreten: mit der Größe des Elektorats nähert sich die Wahrscheinlichkeit einer falschen Entscheidung 1,0 an. Das Versprechen des Condorcet-Jury-Theorems an die Demokratie hängt daher von den Antworten auf folgende Fragen ab: Entscheiden sich die Wähler überzufällig häufig für die richtige oder die falsche Option? Bilden die Wähler ihre Urteile unabhängig voneinander? Gibt es Wahrheiten, denen sich politische Entscheidungen annähern können?

Einer der Gründe dafür, dass aggregative epistemische Demokratiekonzeptionen wenig Unterstützung als unabhängige Demokratietheorie gefunden haben, liegt allem Anschein nach darin, dass Theoretiker, die das Condorcet Jury-Theorem als Argument für die Demokratie ins Spiel bringen, sich zugleich sträuben, den epistemischen Optimismus an den Tag zu legen, der notwendig zu scheint, um Aggregation als „truth-tracker“ zu befürworten (Goodin 2003, Kap. 5). David Estlund, der Grofman und Felds frühe Ansätze auf dem Gebiet aggregativer epistemischer Demokratie befürwortete (Estlund et al. 1989), hat unlängst die Einschätzung geäußert, das CJT sei für die Demokratietheorie schlicht „irrelevant“ (Estlund 2008, Kap. 12).

List und Goodin (2001) äußern sich nicht explizit zu dieser Frage, sondern präsentieren ihre Erweiterung des Jury-Theorems stattdessen im „given that“-Stil mit der Schlussfolgerung, dass „[a]ssuming that there are any truths to found through politics, democracy has great epistemic merits, in any of its many forms“ (ibid. 295). Henry Richardson ist optimistisch, dass die Kompetenz der entsprechenden Repräsentanten höher sein wird als die durchschnittliche Wählerkompetenz ($> 0,5$), weist aber darauf hin, dass „[b]ecause there is no way of telling for *which issues* a fair majoritarian process decides the truth about what we ought to do, accepting its normative fruitfulness does not disturb our regarding it as fallible“ (2002, S. 211/2, Hervorhebung hinzugefügt).

Goodin und Estlund (2004) präsentieren die Frage nach dem epistemischen Potenzial der Aggregation von der entgegen gesetzten Seite: Statt die Wahrscheinlichkeit eines korrekten Ergebnisses davon abzuleiten, mit welcher Wahrscheinlichkeit jeder einzelne Wähler sich richtig entscheidet, nutzen sie das Ergebnis dazu, mögliche Schlussfolgerungen über individuelle Wahrscheinlichkeiten darzustellen. Wenn beispielsweise bei einer binären Ja-nein-Entscheidung 40 % der Wähler für eine Option stimmen und 60 % für die andere, impliziert das Ergebnis, dass die Wähler entweder mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 % falsch oder mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 % richtig liegen. Diese Umformulierung der Frage lässt die Annahme, dass die Mehrheit richtig liegt, nahe liegender erscheinen, insbesondere bei erdrutschartigen Siegen. Trotzdem will sich offenbar keiner dieser Autoren explizit zu der Annahme bekennen, dass es wahrscheinlicher ist, dass die Mehrheit richtig entscheidet als dass sie falsch entscheidet – womöglich auf Grund der autoritären Konnotationen einer solchen Behauptung (vgl. Estlund 1993).

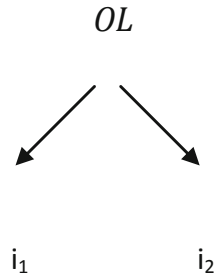
Kommunikation und Interdependenz

Die Beziehung zwischen aggregativer und deliberativer epistemischer Demokratie ist durchaus mit Problemen behaftet. Wenn Condorcets Jury-Theorem und die davon abgeleitete Demokratiekonzeption als eine Formalisierung von Rousseaus Gemeinwohl verstanden werden (Grofman und Feld 1988), muss eine Kombination von aggregativer und deliberativer Demokratie die Probleme thematisieren, die Rousseau im Hinblick auf öffentliche Deliberation gesehen hat. Rousseau wird häufig derart interpretiert, dass er davon ausging, dass öffentliche Diskussionen mit Manipulation einhergehen, und dass Deliberation daher nicht zwischen Individuen stattfinden sollte, sondern nur im Kopf des einzelnen Wählers (Grofman und Feld 1988, S. 569).

Die Anforderung, dass Meinungsbildung unabhängig erfolgen muss, ist zentral für das Ergebnis, dass mit der Größe der Wählerschaft auch die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die Mehrheit im Recht ist. Wenn die Wähler ihre Einschätzungen vor einer Mehrheitsentscheidung der gesamten Wählerschaft bereits in kleineren Gruppen aggregieren, sinkt die tatsächliche Anzahl eigenständiger Urteile, die in die Entscheidung eingehen. Dementsprechend reduziert sich auch die Auswirkung des Gesetzes der großen Zahl, was im schlimmsten Fall die Kompetenz der Mehrheit auf die Kompetenz eines Einzelnen reduziert (Grofman/Feld in Estlund et al. 1989, S. 1331–1333). Die Unabhängigkeitsbedingung im CJT verlangt daher, dass individuelle Wahlentscheidungen unabhängig voneinander getroffen werden müssen, und Urteile nur auf der Wahrnehmung ‚realer‘ empirischer Sachverhalte basieren dürfen.

Estlund (1994) hat jedoch gezeigt, dass die Bedingung der Unabhängigkeit so weit gelockert werden kann, dass der Einfluss von Meinungsführern gestattet ist. Sein Argument stützt sich dabei auf die Feststellung, dass die Urteile zweier Individuen i_1 und i_2 zwar beide durch die Einschätzung eines Meinungsführers (Opinion Leader, OL) beeinflusst werden können und dennoch voneinander unabhängig bleiben (Abb. 1).

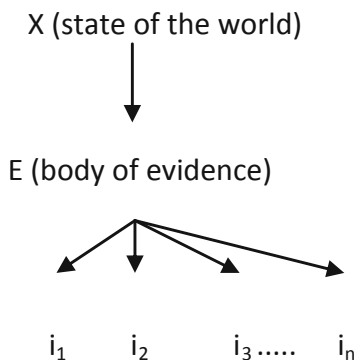
Unter einigen anspruchsvollen, aber nicht vollkommen unrealistischen Bedingungen bewahrt das CJT damit seine positiven Implikationen für die Demokratie, auch wenn die Einflussnahme von Meinungsführern vorausgesetzt wird. Ein zentrales Merkmal dieser Einflussnahme ist jedoch ihre Einseitigkeit: Die Urteile der Individuen i_1 und i_2 dürfen nicht im Gegenzug auch die Einschätzung des Meinungsführers beeinflussen, damit es nicht bereits vor der Stimmenaggregation selbst schon zu einer Aggregation von Meinungen kommt. Würden sich i_1 und OL gegenseitig beeinflussen, wäre das Urteil von i_2 abhängig von dem Urteil von i_1 (und dem des Meinungsführers OL). Würden i_1 und i_2 miteinander kom-

Abb. 1 (Estlund 1994)

munizieren und sich dadurch in ihrem Urteil gegenseitig beeinflussen, würden ihre Wahlentscheidungen sich wechselseitig bedingen. Dort, wo Abstimmungen nicht mehr ausschließlich auf gemeinsamen Ursachen beruhen (äußere Sachverhalte, Meinungsführer), ist die Bedingung der Unabhängigkeit gefährdet. Estlund (1994) schlägt damit im Wesentlichen vor, die Urteile von Meinungsführern im Rahmen der individuellen Meinungsbildung wie Tatsachen zu behandeln.

Dietrich und List (2005) haben argumentiert, dass das ursprüngliche Modell des Jury-Theorems die Tatsache außer Acht lässt, dass Meinungen häufig nicht direkt durch Weltzustände hervorgerufen werden. Vielmehr sollten sie als Funktion der verfügbaren Informationen angesehen werden. Dietrich und List fordern daher, die Indizienlage als intervenierenden Faktor zwischen ‚realem Weltzustand‘ und individuellen Meinungen in das Modell einzufügen (Abb. 2).

Ihr Modell deutet die Stimme jedes Jurymitglieds als „a signal, not primarily about the state of the world, but about the body of evidence, which in turn is a signal about the state of the world“ (ibid. 242).

Abb. 2 (cf. Dietrich und List 2005, S. 241)

Wenn individuelle Wahlentscheidungen Signale hinsichtlich der Gesamtheit verfügbarer Informationen darstellen, haben sie damit selbst die Qualität von Informationen. Dies ist die Idee hinter der von Goodin vorgeschlagenen Bayes'schen Erweiterung des CJT, die darauf abzielt, Aggregation und Deliberation miteinander in Einklang zu bringen (2003, Kap. 6). Wenn man davon ausgeht, dass die einzelnen Abstimmungen Auskunft über die Beobachtungen und Erfahrungen eines Wählers geben, so Goodin, dann sollten die Wähler die Auskünfte anderer zum Anlass nehmen, ihre eigenen Erfahrungen zu bestätigen oder aber zu überdenken. Sofern die Wähler ihre Urteile gemäß der Bayes'schen Formel überdenken, wenn sie mit neuen Informationen konfrontiert werden, kann die Mehrheitsmeinung als überzeugender Indikator einer rationalen Einschätzung gelten (ibid. 109/110).

Das Bayesianische Modell der Urteilsbildung geht davon aus, dass Menschen einen Prozess der Urteilsbildung damit beginnen, dass sie der betroffenen Behauptung eine Ausgangswahrscheinlichkeit zuweisen, die mit einem Wert zwischen 0,0 und 1,0 beschreibt, mit welcher Wahrscheinlichkeit die Aussage für wahr gehalten wird. In Fällen, in denen zuvor keine Hinweise für oder gegen die Wahrheit einer Behauptung in Erwägung gezogen wurden, kann 0,5 als sinnvoller Ausgangswert angesehen werden, wobei es keine Rolle spielt, ob die Ausgangswahrscheinlichkeiten zwischen verschiedenen Personen variieren. Werden die Menschen schließlich durch eigene Wahrnehmung und Erfahrung oder Berichte anderer mit neuen Hinweisen konfrontiert, korrigieren sie ihre Wahrscheinlichkeitseinschätzung gemäß der Bayes'schen Formel⁵ im Sinne der neuen Informationen. Vorausgesetzt, alle Menschen sind denselben Informationen ausgesetzt, korrigieren sie ihre Urteile in dieselbe Richtung, was am Ende zu einer Vereinheitlichung ihrer Urteile führt.

Menschen können, so Goodin, neuen Indizien für oder gegen die Wahrheit einer Präposition entweder durch direkte Kommunikation oder durch die Anerkennung einer Mehrheitsmeinung ausgesetzt sein. Öffentliche Deliberation scheine daher der perfekte Weg zu sein, individuelle Urteile im Sinne kollektiv verfügbarer Informationen einander anzupassen. Wenn Menschen nur die Möglichkeit hätten, lange genug zu deliberieren, sollten sie am Ende alle dieselbe, korrekte Meinung zu einer vorgegebenen Streitfrage haben. Da die Zeit, die für das Deliberieren zur Verfügung stehe, jedoch für gewöhnlich eine knappe Ressource sei, könne Aggregation dennoch notwendig sein, bevor jeder Einzelne seine

⁵ $p\phi/x = [(px/\phi)(p\phi)]/[(px/\phi)(p\phi) + (px/\neg\phi)(p\neg\phi)]$. $p\phi$ ist die Ausgangswahrscheinlichkeit, px/ϕ ist die bedingte Wahrscheinlichkeit von x gegeben das ϕ wahr ist und $p\phi/x$ die angepasste Wahrscheinlichkeitseinschätzung (cf. Goodin 2003, S. 113).

Einstellungen vollkommen angepasst habe: manche Mitglieder der Gemeinschaft könnten von einer unverhältnismäßig hohen oder niedrigen Ausgangswahrscheinlichkeit ausgegangen oder nicht im selben Umfang mit Informationen konfrontiert worden sein wie Andere. In solchen Fällen könne Aggregation als nützlicher Ersatz für weitere Deliberation dienen und zuverlässig der Wahrheitsfindung dienen, solange die unterschiedlichen Einzelurteile durch einen Prozess der Deliberation ausreichend korrigiert würden und die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit einer korrekten Antwort über 0,5 liege. Die Unterschiede zwischen den individuellen Verläufen der Urteilsbildung würden immer noch ein Mindestmaß an Unabhängigkeit garantieren. Nach einer Mehrheitsentscheid müsste die Minderheit das Abstimmungsergebnis daher als besonders starken Hinweis darauf interpretieren, dass die eigene Entscheidung falsch war, und ihr Urteil daraufhin korrigieren. Goodins Darstellung zufolge stehen Deliberation und Aggregation in keiner Weise miteinander im Konflikt, sondern ergänzen sich wechselseitig im Prozess der kollektiven Wahrheitssuche. Zusätzlich eingeführt und begründet werden muss dabei aber die Annahme, dass Wähler ehrlich antworten und auf Manipulationsversuche verzichten.

Wenn Meinungen von der verfügbaren Evidenz abhängen, wie Dietrich und List betonen, dann wird die Wahrscheinlichkeit, mit der es der Mehrheit gelingt, die Wahrheit zu erfassen (vorausgesetzt, die Kompetenz liegt über 0,5), auf die Wahrscheinlichkeit reduziert, mit der die verfügbaren Indizien nicht irreführend sind (2005, S. 187). Wenn die Informationen jedoch irreführend, unzureichend oder im Hinblick auf die Realität (oder einzelne Tatsachen) bewusst verdreht sind, kann dieses Problem nicht dadurch umgangen werden, dass man noch mehr Juroren zulässt und ihre Urteile aggregiert. Solange man jedoch davon ausgeht, dass die an der Deliberation beteiligten Personen ihre Einschätzungen authentisch und nicht strategisch mit anderen teilen, scheint epistemischer Optimismus durchaus angebracht, solange es um reine Sachfragen geht.

Anders sieht es aus, wenn es nicht darum geht, der Wahrheit einer Aussage nachzugehen, sondern über praktische oder moralische Fragen zu entscheiden. Welche Informationen kann man als Belege dafür ansehen, was getan werden „müsste“ oder „könnte“? Ist ein überzeugendes Argument für eine bestimmte Handlungsoption ein Beleg dafür, dass diese Handlung „gut“ oder „richtig“ ist? Oder ist bereits die Tatsache, dass eine Person eine moralische Position vertritt, schon ein Hinweis auf die „moralische Wahrheit“ dieser Position? Goodin bleibt skeptisch hinsichtlich einer solchen moralischen Epistemologie, weshalb er den Anwendungsraum des Bayes'schen Modells auf Sachfragen begrenzt und für normative Fragen ein alternatives Modell vorschlägt. Auch wenn er einräumt, dass es oftmals schwierig sei, Werturteile und Sachverhalte klar zu trennen, besteht

er offenbar dennoch darauf, dass es bei politischen Entscheidungsprozessen, zumindest teilweise und manchmal, darum geht, die Wahrheit einer Behauptung zu ermitteln, und dass in diesen Fällen das CJT eine zusätzliche Rechtfertigung für das Mehrheitsprinzip liefert.

Im folgenden Abschnitt werde ich mich auf Habermas' Theorie des kommunikativen Handelns und Robert Brandoms normative Pragmatik beziehen, um zu argumentieren, dass Kommunikation bei praktischen und moralischen Fragen eine Form von gegenseitiger Abhängigkeit zwischen Abstimmungen befördert, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht kompatibel mit dem CJT ist. Des Weiteren plädiere ich für eine klare Trennung zwischen praktischer und theoretischer Rationalität und ich behaupte, dass politische Entscheidungen als Fragen darüber interpretiert werden sollten, was zu tun ist – als praktische, nicht doxastische Fragen.

3 Deliberation und Wählen

Deliberation und Interdependenz von Urteilen

In seiner Theorie des kommunikativen Handelns hat Jürgen Habermas deliberative Diskurse als ein Spiel, bei dem Begründungen erfragt und gegeben werden, beschrieben.⁶ Habermas bedient sich hier der Sprechakttheorie in der Tradition Austin und Searles. Dieser Ansatz wurde von Robert B. Brandom aufgegriffen, der eine umfassende Theorie diskursiver Praxis und der aus ihr resultierenden Bindungen – *commitments* – entwickelt (Brandom 1994).

Brandom hebt hervor, dass Menschen Verpflichtungen eingehen, wenn sie Behauptungen aufstellen (in Habermas Terminologie: Geltungsansprüche). Wenn Sprecher in der Lage sind, eine Behauptung zu rechtfertigen, indem sie diese begründen, erwerben sie eine Berechtigung (*entitlement*), die betreffende Behauptung zu erheben. Wenn Sprecher daran scheitern, ihrer Begründungspflicht durch die Nennung von Gründen nachzukommen, wird ihnen in der diskursiven Praxis ein solches *entitlement* verwehrt. Die diskursive Funktion von Behauptungen besteht darin, Sätze in Form von Prämissen verfügbar zu machen, die dann von dem Sprecher selbst oder von anderen Sprechern in Schlussfolgerungen herangezogen werden können. Wenn die Berechtigung zu einer Behauptung durch

⁶ Habermas 1984 [1982], Bd. 1; Habermas 1994 [1992].

ihre Rechtfertigung nachgewiesen werden konnte, kann dieser Anspruch auf andere Sprecher übertragen werden. Durch eine solche ‚Vererbung‘ von *entitlements* muss nicht jede Behauptung, die von einem Sprecher begründet wurde, von den darauf folgenden Sprechern nochmals verteidigt werden muss:

The communicative function of assertions is to license others who hear the claim to reassert it. The significance of this license is that it makes available to those who rely on it and reassert the original claim a special way of discharging their responsibility to demonstrate their entitlement to it. . . . B's responsibility can be discharged by the invocation of A's authority, upon which B exercised the right to rely. (Brandom 1994, S. 174/5)

Eine Situation, in der jemand eine Behauptung aufstellt, ohne in der Lage zu sein, sie angemessen zu rechtfertigen, stellt in diesem diskursiven Spiel einen unangebrachten Spielzug dar und wird mit Sanktionen bestraft. Das Beispiel der Übertragung von *entitlements* zeigt jedoch, dass die Frage, was angemessen oder unangemessen ist, auf welche Behauptungen Sprecher Anspruch haben und auf welche nicht, von dem ‚Spielstand‘ abhängt, der wiederum ein Resultat linguistischer Interaktion ist. Eine Aussage, die zum Zeitpunkt t_0 unangemessen ist, weil der Sprecher daran scheitert, sie ausreichend zu begründen, kann zum Zeitpunkt t_1 angemessen sein, wenn derselbe oder aber ein anderer Sprecher seinen Anspruch darauf verteidigt hat. Angemessen begründete Behauptungen werden dabei sehr wahrscheinlich mit solchen Meinungen korrespondieren, die – aus einer subjektiven Perspektive – rational fundiert sind. Beide hängen von dem bestehenden Punktestand des Diskurses ab, innerhalb dessen die Aussagen, auf die die Sprecher Anspruch erheben, logisch in wechselseitiger Beziehung stehen.

Während Habermas dazu neigt, das Problem eines Regresses inferentieller Begründung offen zu lassen, hebt Brandom hier die Bedeutung von Beobachtungen hervor. Beobachtungen liefern nicht nur die Basis für empirisches Wissen, sondern fungieren auch als „regress stopper“ für individuelle und öffentliche Begründungen (Brandom 1994, S. 222). Angesichts der gegebenen Vielfalt von Erfahrungen und Beobachtungen können Individuen sich entweder ausschließlich auf der Grundlage eigener Beobachtungen ein Urteil bilden, oder aber in einen Prozess der diskursiven Anpassung und Korrektur von Überzeugungen einzutreten wie er etwa von Goodin beschrieben wird. Beide Optionen sind mit dem CJT kompatibel. Sie sind jedoch nur bei sehr einfachen Sachfragen anwendbar. Sobald Inferenz, Kausalität und Aussagen über Wahrscheinlichkeit ins Spiel kommen, ist es sehr wahrscheinlich, dass die von Brandom und Habermas beschriebene diskursive Interaktion individuelle Beurteilungen in ein wechselsei-

tiges Abhängigkeitsverhältnis überführt, das nicht mehr mit dem Jury-Theorem zu vereinbaren ist.

Der Grund, weshalb komplexere Fragen nicht in einem Bayesianischen Anpassungsmodell erfassbar sind und das CJT auf sie somit nicht anwendbar ist, ist dass sie grundlegende praktische und normative Fragen berühren: Wann ist eine Schlussfolgerung valide? Wie kann man Kausalität feststellen? Welche Schlüsse können aus einer probabilistischen Prämisse gezogen werden? Brandoms besonderer Fokus liegt auf der Frage, wie Überleitungen zwischen Behauptungen normativ reguliert werden. Gleiches gilt, wenn auch weniger explizit, für die deliberative Demokratie. Die Beiträge zu einem Diskurs werden nicht in erster Linie als Beobachtungsberichte angesehen, sondern als ein Prozess des Benennens, Erfragens und Hinterfragens von Begründungen, mit dem Ziel, faktische oder normative Aussagen als wahr oder Handlungen als gerechtfertigt anzuerkennen. Schlussfolgernde Beziehungen zwischen solchen Akten der Zustimmung (wegen p , q) werden im Rahmen eines Diskurses ausgewertet (Ist p ein guter Grund, ein schwacher Grund oder überhaupt kein Grund?), aber sie können nicht in eine Bayesianische Updating-Funktion integriert werden.

Der normative Charakter von Regeln, die Bedingungen formulieren, unter denen Schlussfolgerungen valide sind, ist dann besonders hervorzuheben, wenn es um die Übergänge zwischen einer Aussagenlogik und einer deontischen Logik (von „ist“ zu „sollte“) geht. Der deliberativen Demokratietheorie geht es um politische Entscheidungen und daher um die Koordination von Handlungsplänen und nicht um die kollektive Wahrheitssuche. Wenn politische Entscheidungen, die Normen begründen, grundsätzlicher normativer Natur sind, verlieren Beobachtungsberichte jedoch ihre zentrale Rolle. Sie können bei normativen oder moralischen Fragen weder als Wissensgrundlage noch als Endpunkt eines Begründungsregresses angesehen werden.

Auch wenn empirische Behauptungen zur Begründung normativer Behauptungen verwendet werden können, wird die Validität der Überleitungen von „Ist“ zu „Soll“ in diskursiven Interaktionsprozessen beurteilt und festgesetzt. Wenn eine normative Behauptung auf der Basis der Angabe von Gründen einmal erfolgreich verteidigt wurde, sind alle an dieser Interaktion beteiligten Sprecher – zumindest sozial – daran gebunden. Diskursive Bindungen an und *entitlements* zu Behauptungen sind dabei nicht gradueller, sondern kategorischer Natur. Welche Behauptungen sich als Prämissen für die weitere Deliberation und weitere Handlungen durchsetzen, und die Sprecher damit binden, hängt von Verlauf und von Eigenschaften des Diskurses ab, der sie hervorgebracht hat. In einem Diskurs entstandene Verbindlichkeiten müssen daher als pfadabhängiges Ergebnis sozialer Interaktion angesehen werden, das die Urteile und resultieren-

den Entscheidungen einzelner Personen notwendigerweise in ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis überführt.

Deliberation und Wählerkompetenz

Die Urteile, die aus einer diskursiven Interaktion resultieren, sind denen, die in sie eingehen, nicht zwangsläufig epistemisch überlegen. Die epistemische Qualität von Urteilen scheint viel mehr von den Eigenschaften des jeweiligen Diskurses abhängig zu sein. Brandom zeigt einen entsprechenden Zusammenhang auf: Häufig wird Gesprächspartnern quasi per default eine Berechtigung zu ihren Behauptungen zugesprochen (Brandom 1994, S. 177). Behauptungen müssen in der Praxis nur dann begründet werden, wenn nach Gründen verlangt wurde, was für gewöhnlich nicht der Fall ist (ibid. 178). Linguistische Interaktion, in deren Rahmen jede einzelne Behauptung hinterfragt wird, ist für die Teilnehmer in der Tat eine schwierige Aufgabe: Die standardmäßige Anerkennung von Behauptungen des Gesprächspartners ist Ausdruck einer kooperativen oder auch schlicht höflichen Grundhaltung, die möglicherweise nötig ist, um die Kommunikation am Laufen zu halten. Das Ziel deliberativer Interaktion besteht jedoch darin, genau mit diesen Automatismen zu brechen.

Habermas unterscheidet zwischen Kommunikation als einem Mittel zur Koordination von Handlungsplänen und Kommunikation als Selbstzweck. Kommunikation als Selbstzweck, von Habermas als ‚Konversation‘ bezeichnet, mag notwendig sein, um Kommunikation zu ermöglichen und zu stabilisieren, aber es handelt sich dabei nicht um die Art kommunikativer Interaktion, der er epistemischen Nutzen zuschreibt (Habermas 1984, S. 327). Um Behauptungen zu bewerten, müssen sie hinterfragt und verteidigt werden. Es ist also die diskursive Prüfung von Behauptungen, die epistemischen Fortschritt ermöglicht. In Habermas Idealvorstellung eines ‚herrschaftsfreien Diskurses‘ werden Validitätsansprüche unabhängig von ihren Urhebern kritisch geprüft. In Brandoms Worten heißt das, dass die Entscheidung, ob die Berechtigung (*entitlement*) zu einer Behauptung erteilt wird, unabhängig von dem Sprecher getroffen werden sollte, der sie erhebt. Um zu gewährleisten, dass der Diskurs tatsächlich ausschließlich von dem ‚Zwang des besseren Argumentes‘ bestimmt wird, darf die ungleiche Verteilung von Ressourcen und sozialem Status keinen Einfluss haben. Alle möglichen Sprecher sollten die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten haben und das Wort jedes Sprechers gleich viel zählen wie das jedes anderen Sprechers.

Es leuchtet ein, dass bestimmte Interaktionsbedingungen das epistemische Potenzial der Interaktion und somit auch die Kompetenz der Abstimmenden be-

einträchtigen können. Den Behauptungen eines einflussreichen oder prominenten Gesprächspartners, eines vermeintlichen Experten oder Meinungsführers dürfte automatisch eine Berechtigung zugeschrieben werden, während ein solche Berechtigung einem weniger respektierten Gesprächspartner standardmäßig verweigert wird. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten, überhaupt zu Wort zu kommen, knapp und ungleich verteilt: Die Behauptungen mancher Sprecher werden, auch wenn sie zu rechtfertigen wären, nicht zum Diskurs zugelassen und können daher nicht als Prämissen für die weitere Argumentation dienen. Cass Sunsteins Arbeit zur Polarisierung von Meinungen in Gruppen (Sunstein 2003) zeigt auf, wie ‚Enklavendeliberation‘ bei der die Teilnehmer ihre Argumente aus einem Pool voreingenommener, verzerrter Argumente speisen, die Dynamik der Interaktion so beeinflussen kann, dass sich Meinungen weniger der Wahrheit als vielmehr den jeweils extremsten Positionen, die innerhalb einer Gruppe vertreten werden, annähern (wobei diese natürlich theoretisch auch der Wahrheit entsprechen können). Die Lösung bestünde in diesem Fall nicht darin, die Anzahl der Teilnehmer zu erhöhen, sondern die Heterogenität der Ansichten und Argumente, die zum Diskurs zugelassen werden.

Iris Marion Young (2001) und Lynn M. Sanders (1997) haben darauf hingewiesen, dass bestimmte Interessen und Meinungen in ‚deliberativen‘ Foren systematisch unterrepräsentiert sind und sich der Aufmerksamkeit der Delibrierenden entziehen. Insbesondere Frauen, ethnische Minderheiten und Personen ohne höhere Bildung sind weniger erfolgreich darin, Themen, die ihnen wichtig sind, auf die Tagesordnung zu setzen und ihre nehmen in Foren dagegen typischerweise Führungspositionen ein und entscheiden somit darüber, wem das Wort erteilt wird und wem nicht. Zudem fungieren sie in der Regel als Meinungsführer: Ihnen wird mehr Autorität zugesprochen als anderen Personen, unabhängig davon, ob der Glaube an ihre überlegenen Fähigkeiten gerechtfertigt ist oder nicht (Sanders 1997, S. 363–369). Habermas hat diese Phänomene als ‚systematisch verzerrte Kommunikation‘ bezeichnet (Habermas 1985, Siehe auch Bohman 1996, Kap. 3).

Während kommunikative Interaktion im Allgemeinen dazu tendiert, die Urteile Einzelner in ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis zu überführen, können soziale Dynamiken und Machtstrukturen in dieser Hinsicht denselben Effekt haben wie der ‚zwanglose Zwang des besseren Arguments‘. Die Qualität von Urteilen die sich in einem Diskurs herausbilden hängt sowohl von der Freiheit und Fairness dieses Diskurses als auch von einem ausreichenden Maß an Partizipation und Heterogenität ab. Wie Sanders feststellt: „one cannot counter a pernicious group dynamic with a good reason“ (1997, S. 354). Aus diesen Gründen emp-

fehlt es sich, den Blick statt auf die individuelle Kompetenz der Wähler auf die Umstände, unter denen sie deliberieren und Entscheidungen treffen, zu richten.

Wahrheit und Entscheidung

Während die Tatsache, dass bei normativen oder praktischen Fragen zu einer hochgradigen Interdependenz von Meinungen und Entscheidungen kommt, die Unabhängigkeitsbedingung des CJT verletzt, betrifft ein weiteres, verwandtes Problem die dritte Prämisse des CJT. Eine Interpretation des CJT als positives Argument für die Demokratie erfordert die Annahme, dass es einen unabhängigen Standard gibt, nach dem Entscheidungen entweder korrekt oder inkorrekt sein können. Wie bereits erwähnt ist der naheliegende Kandidat für einen solchen Standard die Wahrheit. Bei der Frage, ob dieser Standard auf politische Entscheidungen angewandt werden kann, sind jedoch Zweifel angebracht.

Politische Entscheidungen betreffen kollektives Handeln, das kollektiv bindende Normen festsetzt. Auch wenn wahre Prämissen einer rationalen Entscheidung dienlich sind, können sie die Entscheidung selbst nicht ersetzen. Die theoretische Vernunft, die sich auf die Rationalität von Überzeugungen bezieht, kann die praktische Vernunft, der es um die Rationalität von Handlungen geht, informieren. Es gibt jedoch kein überzeugendes Argument dafür, dass sich praktische auf theoretische Vernunft reduzieren lässt. Der praktischen Vernunft aber fehlt ein unabhängiger Standard wie er für die theoretische Vernunft in der Wahrheit liegt. Während wir halbwegs plausibel darüber urteilen können, was (unter gegebenen Informationen) eine rationale Überzeugung darstellt, ist ein Urteil darüber, was für den einzelnen vernünftige Ziele oder Werte wären, heikler.

Zu Rousseaus Zeiten, als kollektive Entscheidungen in erster Linie reine öffentliche Güter wie die innere und äußere Sicherheit betrafen, war es vielleicht eher möglich, ein gemeinsames Ziel für ein bestimmtes Wahlvolk vorauszusetzen. Heute haben fast alle politischen Entscheidungen (auch) Verteilungseffekte, weshalb es angemessener erscheint, politische Prozesse als einen Ausgleich konfligierender Interessen denn als das Verfolgen gemeinsamer Ziele zu beschreiben. Wenn politische Entscheidungen auf kollektives Handeln zielen, ein geteiltes Ziel (wie eine gemeinsame Vorstellung vom ‚Gemeinwohl‘) aber fehlt, dann muss der Input demokratischer Aggregationsprozesse aber in Präferenzen statt in rationalen Urteilen bestehen. Trotzdem kann man normativ und empirisch gesehen davon ausgehen, dass eine diskursive Urteilsbildung auch zur Veränderung von Präferenzen über alternative Handlungsoptionen führt. Überzeugungen, oder doxastische *commitments*, fungieren als Prämissen für praktische *commitments* und somit

für Präferenzen. Auch wenn man an der Präferenzinterpretation demokratischer Wahlen, also daran, dass in Wahlen Präferenzen und nicht rationale Urteile aggregiert werden, festhält, muss man einen moralischen und epistemischen Nutzen von Deliberation somit keinesfalls ausschließen. Man vermeidet aber die überaus problematische Verschmelzung praktischer und theoretischer Vernunft.

Neben der kategorialen Unterscheidung zwischen praktischer und theoretischer Vernunft gibt es weitere Gründe, an einer nicht-epistemischen Interpretation des Mehrheitsprinzips festzuhalten. Interpretiert man den Akt des Wählens nicht als Ausdruck eines rationalen Urteils (wofür Estlund 1989 vehement argumentierte), sondern als Ausdruck rational motivierter Präferenzen, kann man Rousseaus gefährlichen Schritt der Einschränkung individueller Freiheit und Autonomie zu Gunsten kollektiver Freiheit und Autonomie vermeiden. In folgendem bekannten Zitat zieht Rousseau einen Schluss, der das liberale Fundament der Demokratie zu bedrohen scheint:

[E]ach by giving his vote gives his opinion on this question, and the counting of votes yields a declaration of the general will. When, therefore, the opinion contrary to mine prevails, this proves only that I have made a mistake, and that what I believed to be the general will was not so. If my particular opinion had prevailed against the general will, I should have done something other than what I had willed, and then I should not have been free. (Rousseau 2004, S. 127)

Goodin betont, dass die Anerkennung und Rationalisierung beharrlicher Opposition eine zentrale Herausforderung sowohl für die normative Demokratietheorie als auch für liberale demokratische Gesellschaften darstellt (2003, S. 146). Eine solche Rationalisierung scheint aber sowohl unter Rousseaus Bedingungen als auch in Goodins Bayesianischem Updating-Modell unmöglich zu sein: Jemand, der sich nicht dem Urteil der Mehrheit beugt, wird sich unter diesen Annahmen zwangsläufig unklug verhalten. Aus diesem Grund behält Goodin sein Modell ausschließlich reinen Sachfragen vor und schlägt für normative Fragen ein anderes Modell vor.

In einem epistemischen Demokratiemodell können die Annahmen individueller Rationalität und Autonomie also nur dann bewahrt und paternalistische Schlüsse nur dann vermieden werden, wenn es auf die zusätzliche Rechtfertigung über das Condorcet Jury Theorem verzichtet. Habermas hebt hervor, dass eine Mehrheitsentscheidung von der Minderheit eine eingeschränkte Zustimmung zu einer konkreten Vorgehensweise verlangt, nicht aber das Eingeständnis eines Fehlers (Habermas 1994, S. 614). Wenn Wähler in ihrer Wahlentscheidung ihre Präferenzen über kollektive Handlungsoptionen statt ihre Urteile über diese äußern, dann üben sie im Wahlakt auch ihre individuelle Autonomie aus. Während

die Akzeptanz von Sachverhalten beziehungsweise von Prämissen über solche bis zu einem gewissen Grad im Diskurs erzwungen wird (auch wenn es jedem frei steht, sich dem Diskurs und der Hinterfragung seiner Annahmen zu entziehen), lässt der Schritt vom Urteil zur Präferenz Raum für persönliche Freiheit und eine freiwillige Entscheidung.

Zugleich muss man die Hoffnung darauf, dass Deliberation ‚bessere‘ (wahrere, gerechtfertigtere) Urteile hervorbringt, die angemessene Prämissen für die Präferenzbildung darstellen und bessere oder fairere Entscheidungen ermöglichen, nicht aufgeben. Wenn man die Rolle und Funktion von Deliberation und Aggregation getrennt hält, bleibt der epistemische Fokus auf den Prozessen, die den Entscheidungen vorausgehen, während die Entscheidung selbst Raum für die Ausübung individueller Autonomie schafft. Christopher McMahon (1994, S. 148) betont: „[a]lthough democratic deliberation could have epistemic virtues, improving the judgments of a group’s members, the argument for voting must be the same as that which justifies it when votes merely express preferences“.

Das impliziert jedoch nicht, dass die deliberative Demokratietheorie die Bedeutung der Mehrheitsregel in der Demokratie außer Acht lassen könnte oder sollte. Ihre Anhänger haben die Tatsache, dass Entscheidungen in der Regel notwendig sind, bevor ein Konsens erzielt werden kann, immer diskutiert. Da Zeit ein knappes Gut ist und eine ausbleibende Entscheidung meist eine Entscheidung für den Status quo bedeutet, was in manchen Fällen die am wenigsten wünschenswerte Option darstellt, bleiben Mehrheitsentscheidungen unerlässlich. Dryzek und List (2003) haben gezeigt, dass Deliberation Mehrheitsentscheide nicht ersetzen, sondern eine Grundvoraussetzung für solche darstellen könnte, indem sie eine sinnvolle Aggregation von Stimmen ermöglicht. Sie widerlegen die gängige Behauptung, dass Präferenzen, anders als Urteile, grundsätzlich nicht sinnvoll aggregiert werden können und zeigen, dass die Koordination (und damit Interdependenz) von Urteilen durch Deliberation einer sinnvollen Aggregation von Präferenzen zu Gute kommt. Hiermit liefern sie einen weiteren Grund, Deliberation und Aggregation durch Wahlen als sich ergänzende, komplementäre, statt als alternative, potenziell substitutive, Verfahren anzusehen.

4 Schluss

Ich habe zwei Versionen epistemischer Demokratietheorien unterschieden, eine deliberative und eine aggregative Version, und argumentiert, dass diese Versionen, auch wenn sie viele Annahmen teilen, nicht ohne weiteres kompatibel sind.

Die wichtigste Gemeinsamkeit der deliberativen und der aggregativen Version ist die Hoffnung, dass demokratische Beteiligung in irgendeiner Form die Qualität politischer Entscheidungen verbessern wird. Allerdings unterscheiden sich die Ansätze grundlegend im Hinblick auf die demokratischen Prozesse, denen sie epistemisches Potenzial zuschreiben.

Aufbauend auf Condorcets Jury-Theorem sieht die aggregative epistemische Demokratietheorie Vorteile in der Aggregation an sich, während die deliberative Demokratie einem deliberativen Diskurs, in dem Geltungsansprüche erhoben und hinterfragt werden, epistemisches Potenzial zuschreibt. In jüngerer Zeit gab es vermehrt Versuche, Condorcets Jury Theorem für die deliberative Demokratietheorie fruchtbar zu machen und somit die epistemischen Vorteile der Aggregation mit jenen der Deliberation zu verbinden. Der Konflikt zwischen kommunikativer Interaktion und der Unabhängigkeitsbedingung des CJT kann jedoch nicht so ohne weiteres ausgeräumt werden wie es Modelle von Estlund (1994) und Goodin (2003) vermuten lassen. Versteht man Deliberation als einen Prozess, in dem Begründungen erfragt und erteilt werden, dann muss mit ihr eine Form wechselseitiger Abhängigkeit von Überzeugungen und Urteilen einhergehen, die mit dem CJT offensichtlich unvereinbar ist.

In mehrfacher Hinsicht problematisch ist aber auch die Verschmelzung theoretischer und praktischer Rationalität, die eine epistemische Interpretation des Wählens mit sich bringt. Ich habe argumentiert, dass eine Demokratietheorie, für die die Idee individueller Autonomie von zentraler Bedeutung ist, sich sowohl vor einer derartigen Verschmelzung als auch vor der damit verbundenen Interpretation, dass der Akt des Wählens Urteile und nicht Präferenzen zum Ausdruck bringt, hüten sollte. Wenn der epistemische Fokus auf den politischen Diskursen liegt, die den Entscheidungen vorangehen, und weniger auf der Aggregation von Stimmen, lassen sich Fragen nach der individuellen Kompetenz und Information der Wähler konditional beantworten: Ob individuelle Urteile, die aus einem Diskurs hervorgehen, denjenigen, die in ihn eingehen, tatsächlich in irgendeiner Form überlegen sind, würde hängt von Charakteristika des Diskurses und dem institutionellen Kontext, in dem der Diskurs stattfindet, ab. Die Verlagerung der epistemischen Hoffnungen vom Diskurs und auf die Aggregation von Wählerstimmen schwächt dagegen das kritische Potenzial der deliberativen Demokratie. Die bloße Affirmation dessen, was in der Praxis vergleichsweise einfach zu verwirklichen ist (Mehrheitswahl), sollte eine kritische Fokussierung auf die komplexen Prozesse, innerhalb derer sich politische Meinungen, Programme und Strategien formen, nicht ersetzen.

Literatur

- Arrow, Kenneth. 1963 [1951]. *Social choice and individual values*. New York: Yale University Press.
- Bohman, James. 1996. *Public deliberation. Pluralism, complexity, and democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bohman, James, und William Rehg, Hrsg. 1997. *Deliberative democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bovens, Luc, und Wlodek Rabinowicz. 2003. Complex collective decisions. An epistemic perspective. *Associations* 7 (1): 37–50.
- Brandom, Robert B. 1994. *Making it explicit. Reasoning, representing, and discursive commitment*. Cambridge.
- Cohen, Joshua. 1986. An epistemic conception of democracy. *Ethics* 97:26–38.
- Dietrich, Franz, und Christian List. 2005. A model of jury decisions where all jurors have the same evidence. *Synthese* 142 (Issue on Knowledge, Rationality and Action): 175–202.
- Dryzek, John S. 2000. *Deliberative democracy and beyond*. Oxford: Oxford University Press.
- Dryzek, John, und Christian List. 2003. Social choice theory and deliberative democracy: A reconciliation. *British Journal of Political Science* 33 (1): 1–28.
- Elster, Jon. 1995. Strategic uses of argument. In *Barriers to conflict resolution*, Hrsg. K. Arrow, et al., 236–257. New York: WW Norton & Company.
- Elster, Jon, Hrsg. 1998. *Deliberative democracy*. Cambridge.
- Estlund, David M. 1989. The persistent puzzle of the minority democrat. *American Philosophical Quarterly* 26 (2): 143–150.
- Estlund, David M. 1990. Democracy without preference. *The Philosophical Review* 99 (3): 376–424.
- Estlund, David M. 1993. Making truth safe for democracy. In *The idea of democracy*, Hrsg. David Copp, Jean Hampton, und John E. Roemer, 71–100. Cambridge: Cambridge University Press.
- Estlund, David M. 1994. Opinion leaders, independence, and condorcet's jury theorem. *Theory and Decision* 36:131–162.
- Estlund, David M. 1997. Beyond fairness and deliberation. In *Deliberative democracy*, Hrsg. James Bohman und William Rehg, 173–204. Cambridge: Cambridge University Press.
- Estlund, David M. 2008. *Democratic accountability. A philosophical framework*. Princeton: Princeton University Press.
- Estlund David M, Jeremy Waldron, Bernard Grofman, und Scott L. Feld. 1989. Democratic theory and the public interest: Condorcet and Rousseau revisited, *American political science review* 83 (4): 1317–1340.
- Fishkin, James S., und Peter Laslett, Hrsg. 2003. *Debating deliberative democracy*. Malden.
- Gaus, Gerald F. 1996. *Justificatory liberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Goodin, Robert E. 2003. *Reflective democracy*. Oxford: Oxford University Press.
- Goodin, Robert E., und David M. Estlund. 2004. The persuasiveness of democratic majorities. *Politics, Philosophy & Economics* 3 (2): 131–142.

- Grofman, Bernar, und Scott L. Feld. 1988. Rousseau's general will: A condorcetian perspective. *American Political Science Review* 82 (2): 567–576.
- Gutmann, Amy, und Dennis Thompson. 1996. *Democracy and disagreement*. Cambridge.
- Habermas, Jürgen. 1984 [1981]. *The theory of communicative action*. 2 vols. Boston.
- Habermas, Jürgen. 1985. *Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1994 [1992]. *Between facts and norms*. Cambridge: Blackwell.
- Landwehr, Claudia. 2011. Rechtfertigung und Verständigung im Konflikt – die Theorie deliberativer Demokratie. In *Zeitgenössische normative Demokratietheorien*, Hrsg. Oliver Lembcke, Claudia Ritzi, und Gary S. Schaal. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lehrer, Keith. 1997. *Self-trust. A study of reason, knowledge, and autonomy*. Oxford: Clarendon Press.
- Lehrer, Keith, und Carl Wagner. 1981. *Rational consensus in science and society*. Dordrecht: Reidel.
- List, Christian. 2002. Intradimensional single-peakedness and the multidimensional arrow problem. *Theory and Decision* 52 (3): 287–301.
- List, Christian, und Robert E. Goodin. 2001. Epistemic democracy: Generalizing the condorcet jury theorem. *The Journal of Political Philosophy* 9 (3): 277–306.
- Macedo, Stephen, Hrsg. 1999. *Deliberative politics. Essays on 'democracy and disagreement'*. Oxford: Oxford University Press.
- McMahon, Christopher. 1994. *Authority and democracy. A general theory of government and management*. Princeton: Princeton University Press.
- Pettit, Philip. 2003. Deliberative democracy, the discursive dilemma, and republican theory. In *Debating deliberative democracy*, Hrsg. James Fishkin und Peter Laslett, 138–162. Malden: Blackwell.
- Richardson, Henry S. 2002. *Democratic autonomy. Public reasoning about the ends of policy*. Oxford: Oxford University Press.
- Riker, William H. 1982. *Liberalism against populism*. San Francisco: Freeman.
- Rousseau, Jean-Jaques 2004 [1762]. *The social contract*. Trans. Maurice Cranston. London: Penguin Books.
- Sanders, Lynn M. 1997. Against deliberation. *Political Theory* 52 (3): 347–376.
- Sunstein, Cass R. 2003. The law of group polarization. In *Debating deliberative democracy*, Hrsg. James Fishkin und Peter Laslett, 80–101. Malden: Blackwell.
- Young Iris Marion. 2001. Activist challenges to deliberative democracy. *Political Theory* 29 (5): 670–690.

Claudia Landwehr Professorin für Politikwissenschaft im Bereich Politik und Wirtschaft an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz.

Jahrbuch für Handlungs- und Entscheidungstheorie

Band 9: Deliberation und Aggregation

Bächtiger, A.; Shikano, S.; Linhart, E. (Hrsg.)

2015, XI, 191 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-07582-8